

Sieglinde Rosenberger

## Lissabon-Strategie und Demokratiepoltische Bildung

### 1. Zum Konzept des Lebenslangen Lernens in der Lissabon Strategie

Das Konzept des Lebenslangen Lernens ist Teil der europäischen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie, auf die sich die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten beim Europäischen Ratstreffen 2000 in Lissabon einigten.

Die Dringlichkeit der Umsetzung der Strategie durch die Mitgliedstaaten wird von den PolitikerInnen ökonomisch begründet, vor allem mit dem Verweis auf die höhere Effizienz und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der USA und Asiens.

Ziel ist es bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu werden. Auf der Mikroebene bedeutet dies die Förderung und Sicherung der individuellen Beschäftigungsfähigkeit. Für die Bildung/Ausbildung geht insbesondere die Schlüsselqualifikation der individuellen Anpassung an den raschen sozialen und wirtschaftlichen Wandel, die Teilnahme an der wissensbasierten Ökonomie sowie die Steigerung von Mobilität einher.

Was hat nun Lebenslanges Lernen mit Demokratie-Bildung zu tun?

### 2. Demokratie-Bildung, Politische Erwachsenenbildung und Lebenslanges Lernen der Lissabon-Strategie

Politische Erwachsenenbildung (Demokratiebildung) findet in den Papieren zur Lissabon Strategie explizit keine Erwähnung. Allerdings stellt sich die Frage der demokratiepolitischen Bildung dort, wo die Lissabon Strategie soziale und gesellschaftliche Bedingungen für den wirtschaftlichen Erfolg definiert bzw. soziale und gesellschaftliche Zielvorstellungen nennt. Zu diesen Zielvorstellungen gehören etwa: „ein Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren Zusammenhalt zu erzielen“. An anderer Stelle heißt es, das „europäische Sozialmodell“ sei als Wertgrundlage zu erhalten.

Nach fünf Jahren Lissabon-Strategie zeigt sich, dass die Mitgliedstaaten kaum Aktivitäten zur Erreichung des Ziels gesetzt haben; es zeigt sich weiters, dass vor dem Hintergrund der direkten oder indirekten Zustimmung der EU-BürgerInnen zum Europäischen Verfassungsentwurf die Notwendigkeit für politische Erwachsenenbildung und Demokratiebildung steigt. Alleine die ökonomische Begründung Europas (siehe Lissabon Strategie 2000) dürfte als Legitimation für politisches Entscheiden nicht mehr ausreichen. Die „wissensbasierte“ Ökonomie verlangt zumindest verstärkt auch nach einer „wissensbasierten“ Gesellschaft.

Dies führt zur nächsten These, die sich mit sozialwissenschaftlichen Überlegungen zur Bildung von Gesellschaft beschäftigt.

### **3. (Politische) Bildung als Säule demokratischer Gesellschaft und Politik**

Erstens, allgemeine/berufliche Bildung gilt als Determinante für politische Partizipation. Das sog. Ressourcenmodell politischer Partizipation geht davon aus, dass sich politisches Handeln durch das Ausmaß der Verfügbarkeit von Ressourcen erklären lässt. Zu diesen Ressourcen zählen Einkommen, persönlich verfügbare Zeit, aber auch Bildung, Wissen, bestimmte Fertigkeiten und soziales Kapital (Bourdieu), das sich nicht zuletzt durch Bildungslaufbahnen herstellt.

Zweitens, formelle politische Teilnahme – Stichworte: Politikverdrossenheit, Vertrauensverluste in Politik und folglich auch in Demokratie – geht auch in Europa zurück.

Drittens, politische Teilnahme (im weitesten Sinne) gilt als wesentliche Bedingung für den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften sowie für die Legitimität demokratischer Politik.

Unter der Annahme dieser drei Bedingungen sowie unter der berechtigten Annahme des raschen sozialen, ökonomischen und politischen Wandels – Stichwort: Europäisierung und Entstaatlichung von Politik, Herstellung kollektiver politischer Identität auf der europäischen Ebene – gewinnt Politische Bildung auf allen Ebenen (in der primären, sekundären und tertiären Ausbildung wie in der Erwachsenenbildung) an Relevanz.

### **4. Anknüpfungen/Schnittstellen Lebenslanger politischer Erwachsenenbildung in der wissensbasierten europäischen Gesellschaft**

Selbst wenn der (bisher) einseitig ökonomisch begründete Argumentationszusammenhang für die Umsetzung der Lissabon-Strategie durch die Mitgliedstaaten akzeptiert wird, lassen sich für Lebenslanges Demokratie-Lernen Forderungen und Aktivitäten ableiten. Die vertiefte Europäische Integration, selbst wenn sie sich primär wachstums- und standortorientiert versteht, braucht Menschen, die nicht nur besser ausgebildet sind, sondern die auch in der Lage sind, in der Komplexität und Vielfältigkeit Europas, aber auch durch die Herausforderung der sog. „Ich-Plastizität“ an Wandel und Dynamik doch Orientierung und Halt zu finden. Die ökonomischen Ansprüche an den „europäischen Menschen“ sind in sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht gewaltig! Wie kann, wenn die idealen Menschen „anpassungsfähig, dynamisch und mobil“ sein müssen, noch gesellschaftlicher Zusammenhalt, gesellschaftliche Reproduktion, ein Leben mit Kindern, aber auch die Sorge um die ältere Generation realisiert werden?

Ein politischer Argumentationszusammenhang würde folglich diese Fragen sowie den Umgang mit kultureller, historischer, politischer Differenz (Ost-West, trennende Historien, kulturelle und religiöse Unterschiede) als Herausforderung einer „wissensbasierten“ Gesellschaft thematisieren. Darüber hinaus wäre die Kompetenz zur politischen Teilnahme zu fokussieren, da eine vertiefte Europäische Integration auch die sog. Input-orientierte Legitimation durch Teilnahme bzw. die Chance/Fähigkeit zur Teilnahme an der Auswahl/Bestätigung von politischen EntscheidungsträgerInnen bzw. an der Abstimmung über europäische Themen verlangt.